Staats- und Wirtschaftsorganen und den bilanzierenden Organen zu sichern. Das erfolgt auf der Grundlage der maschinellen Datenverarbeitung, insbesondere durch Information über

- die Rohstoffbasis und Materialstruktur
- die Primärdaten der Betriebe für die Verflechtungs-bilanzierung
- die Materialökonomie (Materialkosten — Materialintensität — Materialrentabilität)
- den Vertragsvorlauf sowie die Plan- und Vertragserfüllung bei volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Lieferungen an volkswirtschaftlich wichtige Abnehmer des Binnenmarktes sowie für die Außenwirtschaft
- die Fondsbildung und -Verwendung sowie die gebrauchswertmäßige Abrechnung der liefer- und verbraucherseitigen Vorräte für volkswirtschaftlich wichtige Rohstoffe, Materialien und Zuliefererzeugnisse
- gesamtvolkswirtschaftliche Berechnungen.

Die für die Staatliche Plankommission und andere zentrale Staatsorgane erforderlichen Planinformationen werden mit den Systemregelungen für die Perspektiv- und Jahresvolkswirtschaftsplanung festgelegt. Die Lieferer sind, unabhängig vom Unterstellungsverhältnis und von ihrer Eigentumsform bzw. deren übergeordnete Organe verpflichtet, den bilanzierenden Organen auf Verlangen die erforderlichen Planinformationen zu geben. Das gleiche gilt für die Hauptabnehmer bzw. deren übergeordnete Organe. Allgemeine schriftliche Umfragen der bilanzierenden Organe zur Ermittlung des Bedarfs bei den Verbrauchern sind nicht zulässig. Die Istinformationen sind auf der Grundlage der Verordnung vom 12. Mai 1966 über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik (GBL II S. 445) und der durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik zu treffenden Regelungen durchzuführen.

III.

Die Einheit von Plan, Bilanz und Vertrag bei der Bilanzierung materialwirtschaftlicher Prozesse

§5

(1) Bei der Herstellung der Ware-Geld-Beziehungen zwischen den sozialistischen Warenproduzenten, Handelsbetrieben, und wirtschaftsleitenden Organen sind zur Gestaltung stabiler Kooperationsbeziehungen solche Rechtsformen anzuwenden wie

- Kooperationsvereinbarungen und -verträge, langfristige Wirtschaftsverträge und weitere Wirtschaftsverträge über Lieferungen und Leistungen
- Koordinierungsvereinbarungen zwischen wirtschaftsleitenden Organen zur Organisierung und Herbeiführung volkswirtschaftlich rationeller Kooperationsbeziehungen der Betriebe sowie Koordinierungsverträge zwischen den Betrieben, insbesondere über Maßnahmen der Spezialisierung und Konzentration der Produktion
- Organisationsverträge zur Bildung gemeinsamer Einrichtungen bzw. zur Organisierung und Durchführung gemeinsamer Aufgaben.

Die Wirtschaftsverträge sind als entscheidendes Instrument der Vorbereitung und Durchführung der Bilanzierung materialwirtschaftlicher Prozesse anzuwen-

den. Durch den rechtzeitigen Abschluß von Wirtschaftsverträgen sind Voraussetzungen für die kontinuierliche Planung und Bilanzierung zu schaffen.

(2) Die Betriebe, volkseigenen Kombinate und Einrichtungen sind verpflichtet, zur materiellen Sicherung der

- volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Aufgaben der Forschung und Entwicklung einschließlich deren Überleitung in die Produktion
- Produktion volkswirtschaftlich strukturbestimmender Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen
- volkswirtschaftlich strukturbestimmenden Aufgaben für Exportbetriebe bzw. volkseigene Kombinate, die maßgeblich den Umfang und die Rentabilität des Exportes der Deutschen Demokratischen Republik bestimmen.
- Vorbereitung und Durchführung volkswirtschaftlich strukturbestimmender Investitionen

und zur Deckung des materiell-technischen Bedarfs der bewaffneten Organe vorrangig Wirtschaftsverträge abzuschließen.

(3) Die bilanzierenden Organe haben die entsprechend Abs. 2 in den Wirtschaftsverträgen festgelegten Aufgaben vorrangig in die Bilanzen aufzunehmen. Die anderen in Wirtschaftsverträgen vereinbarten Aufgaben sind in die Bilanzen aufzunehmen, soweit nicht volkswirtschaftliche Erfordernisse gemäß Abs. 4 der Aufnahme in die Bilanzen entgegenstehen.

(4) Eine von den abgeschlossenen Wirtschaftsverträgen abweichende Bilanzierung oder Bilanzänderung ist nur zulässig, wenn

- sich infolge der wissenschaftlich-technischen Revolution in Verwirklichung und Präzisierung des Perspektivplanes gegenüber den in den Wirtschaftsverträgen festgelegten Aufgaben volkswirtschaftlich effektivere Lösungen zur Durchführung des sozialistischen Reproduktionsprozesses ergeben und sich deshalb Qualitätsanforderungen, Menge, Sortiment, Preise oder Termine wesentlich verändern
- die in den Wirtschaftsverträgen festgelegten Aufgaben (Bedarf und Aufkommen) nicht mit den Entwicklungszielen der Perspektiv- bzw. Jahresvolkswirtschaftspläne übereinstimmen oder die Realisierung der vorrangig zu bilanzierenden Aufgaben gemäß Abs. 2 gefährdet wird
- Änderungen der staatlichen Planaufgaben oder operative Eingriffe durch die zuständigen Führungsorgane gemäß den §§15 bis 17 der Verordnung vom 9. Februar 1967 über die Aufgaben, Rechte und Pflichten des volkseigenen Produktionsbetriebes (GBL II S. 121) erfolgen.

Bei von den Wirtschaftsverträgen abweichender Bilanzierung oder bei Bilanzänderung sind die bestehenden Wirtschaftsverträge entsprechend zu ändern bzw. aufzuheben.

(5) Soweit abgeschlossene Wirtschaftsverträge auf Grund von Bilanzentscheidungen aufgehoben, geändert, nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllt werden, ist das bilanzierende Organ zum Ausgleich der daraus entstandenen ökonomischen Nachteile gegenüber dem unmittelbar betroffenen Betrieb verpflichtet. Ist durch die Bilanzentscheidung ein anderer Betrieb begünstigt, hat dieser in dem Umfang, in dem er begünstigt wurde, die ökonomischen Nachteile auszugleichen. Ein Aus-